



**Ludwig Baumann gab Deserteuren des Zweiten Weltkriegs ihre Würde zurück**

Ludwig Baumann war 70 Jahre alt, als er sich entschied, aus seiner Bürde einen Kampf zu machen: Die Erinnerung, die ihn seit 48 Jahren verfolgte, in etwas Neues zu verwandeln und den Deserteuren des Zweiten Weltkriegs ihre Würde zurückzugeben. Und damit auch sich selbst.

Baumann war 1942 mit einem Freund in Frankreich desertiert. „Wir wollten es nicht mitmachen“, so hat er die Entscheidung im Nachhinein beschrieben, „wir wollten einfach leben.“ Doch die beiden werden gefasst und zum Tode verurteilt. Nur weil Baumanns Vater, ein wohlhabender Hamburger Tabakhändler, seinen Einfluss geltend macht, ändern die Richter das Urteil in zwölf Jahre Zuchthaus um. Baumann und sein Freund Karl Oldenburg verbringen acht Monate in der Todeszelle im Wehrmachtsgefängnis Torgau, sie sehen, wie andere Deserteure erschossen werden. Schließlich werden sie in sogenannte Bewährungsbaillons an die Ostfront gezwungen. Karl Oldenburg stirbt dort.

Nach Kriegsende heiratet Baumann, bekommt sechs Kinder, jobbt. Aber der Schmerz begleitet ihn, nachhaltig und unerkannt. Baumann trinkt, er vertrinkt das ganze Erbe, und lässt es erst bleiben, als seine Frau stirbt und er alleine für die Kinder sorgt.

Wenn man lange Jahre später Ludwig Baumann in seiner Wohnung in Bremen-Vegesack trifft und er von diesen Erfahrungen spricht, dann sagt er: „Je mehr ich erzähle, desto routinemäßiger erzähle ich es.“ Aber die Routine hat der erstaunlichen Hartnäckigkeit seines Kampfes nichts genommen und vielleicht auch seinem Schmerz nicht.

Im Jahr 1990, als 70-Jähriger, begründet Baumann den Verband der Opfer der NS-Justiz mit 37 weiteren Überlebenden, er wird schnell zu einem Gesicht der Bewegung. Nicht nur die Journalisten finden seine Tür, an der ein Schild hängt, „Sprechstunde: Vor 8 und zwischen 13 und 15 Uhr bitte nicht stören“, geschrieben von der Enkelin. Es finden ihn auch die Briefe voller Hass, adressiert an den Volksschädling Baumann. Es wird ein langer Weg bis zur Rehabilitierung der Deserteure. In der Politik finden viele Stimmen von CDU und FDP, dass eine Rehabilitierung der Deserteure notwendigerweise die übrigen Wehrmachtsoldaten ins Unrecht setze. Auch in der SPD ist das Engagement lange verhalten. Erst 2002 werden pauschal alle Urteile der Wehrgerichte gegen Deserteure aufgehoben.

Für Ludwig Baumann ist das nicht das Ende seines Engagements. Er hat keine Scheu, sich ins Getümmel zu werfen: sei es, dass er Günther Oettinger wegen seiner Reinwaschung des NS-Richters Filbinger anzeigt, sei es, dass er beim anarchischen Gelöbnis gegen das Bundeswehrgelöbnis protestiert. Aber Baumann stellt sich auch vor die Kasernen, um bei der Einberufung direkt mit den künftigen Soldaten zu sprechen. Vielleicht war auch das eine Folge seiner Erfahrungen: vor nichts mehr Angst zu haben. In der vergangenen Woche ist er 96-jährig gestorben, heute erinnert die Friedensbewegung in Bremen an ihn. *Friederike Gräff*

**taz blogs**  
**Was hier nicht steht, steht auf den Blogs...**  
 ... denn hier ist der Platz für Mutiges, Absetziges und Tiefgründiges: [taz.de/blogs](http://taz.de/blogs)

die nachricht

**Barcelonas Bürgermeisterin kämpft gegen Spekulation**

Auf einer UNO-Konferenz zum Thema Nachhaltigkeit forderte Ada Colau in Namen verschiedener Städte der Initiative „Cities for Housing“, „das Recht auf Wohnung“

**Das Neue**  
 Die Vereinten Nationen (UNO) in New York schenken am Montag erstmals den großen Städten dieser Welt Gehör. Auf einer Konferenz über Nachhaltigkeit stellte die Bürgermeisterin von Barcelona, Ada Colau, die Initiative „Cities for Housing“ der Vereinigung der Städte und lokalen Regierungen (UCLG) vor. „So wie der Klimawandel eine Bedrohung für den Planeten ist, bedroht die Spekulation das Leben in unseren Städten“, erklärte die einstige Aktivistin, die seit 2015 Barcelona, die zweitgrößte spanische Stadt, regiert.

Das Recht auf Wohnung sei das Recht auf die Stadt, fügte sie hinzu. Wenn es darum gehe, die Entwicklungsziele der Vereinten Nationen zu erfüllen, seien vor allem die Städte gefragt. Dort müsse „die Ungleichheit und Armut bekämpft“ werden. Das Recht auf „Bildung und Gesundheitsversorgung, konkretisiert sich in den Städten oder es konkretisiert sich nicht“, warnt Colau.

Die große Gefahr seien die Fonds und Unternehmen, die „Tausende von Wohnungen und Gebäude auf-

kaufen“. Die Folge: Der Anstieg der Wohnungspreise „ohne jede Kontrolle und Tausende und Abertausende Räumungsklagen“. Das gelte es zu stoppen. Denn „die Städte sind nicht die Straßen und Gebäude, sondern die Summe ihrer Leute“.

**Der Kontext**  
 Colau sprach im Namen des Vorstands der UCLG, der neben Barcelona und Madrid Städte aus allen Kontinenten, wie Paris, London, New York, Mexiko-City, Quito, Rabat oder Guangzhou, angehören. Der Verband verlangt, dass die Stadtverwaltungen mehr Einfluss auf die Politik aber auch auf Steuern und Abgaben bekommen, um so die Stadtentwicklung beeinflussen zu können. Es gehe darum, das „Leben zu schützen“, erklärte Colau. „Kooperation statt Wettbewerb“ müsse zur Grundlage der Politik werden. Das sei „die Feminisierung der Politik“, wiederholte Colau vor der UNO eines ihrer Schlagwörter.

**Die Reaktionen**  
 Andere Stadtoberhäupter, die ebenfalls nach New York gereist waren,

stimmten Colau zu. „Wir sind nicht länger bereit, unser Land zu verkaufen. Wir brauchen es für Mieter, nicht für Eigentümer“, sagt etwa Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller. Und die UNO-Berichterstatte für Wohnungsfragen, Leilani Farha, versprach Unterstützung. „Wir brauchen eine starke, einheitliche Stimme“, erklärte die Kanadierin. „Wohnen ist nicht Gemütlichkeit, sondern Wohnen ist ein Menschenrecht“, fügte sie hinzu.

**Die Konsequenz**  
 Colau ist eine der Vorreiterinnen im Kampf gegen die zunehmende Spekulation mit Zimmern und Appartements für Touristen. Unter ihrer Führung belegte Barcelona Airbnb mehrmals mit hohen Bußgeldern. Auch andere Städte ziehen nach. In Palma de Mallorca hat die Stadtverwaltung Ferienwohnungen weitgehend aus dem Stadtkern verbannt und die Bürgermeisterin von Madrid, Manuela Carmena, die ebenfalls zur UNO gereist war, bereitet eine ähnliche Verordnung vor. *Reiner Wandler, Madrid*



heute vor 50 jahren: das kalenderblatt zum sommer 1968

**Schneefall im Sommer** führt dazu, dass die Skisaison in den Alpen kurzzeitig wieder aufgenommen wird. Hätte damals jemand vom drohenden Klimawandel gefaselt, er wäre wohl ausgelacht worden. Eher sah man schon die nächste Eiszeit anbrechen. Dass Deutschlands höchster Gipfel mit 2.962,02 Höhenmetern heute aber um ein paar Zentimeter kürzer ist als damals, liegt hingegen tatsächlich an Messungenauigkeiten.

Unter der Überschrift **Ihre „Freiheit!“** ätzt das „Neue Deutschland“ gegen die Machthaber im US-amerikanischen Sektor, die den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) verbieten. Den Grund für das Verbot nennt das „ND“ auch: „Die Arbeit des FDGB wird unterdrückt, um den Unternehmern die Ausplünderung der Arbeiter und Angestellten zu erleichtern.“ So formuliert, klingt das fast schon zu absurd.

**Die Bildergeschichte Gesichtserkennung in China 3/5**



Geschlecht, Haarfarbe, Kleidung, Automarke, auffälliges Verhalten, vieles erkennt die Software Face++ der chinesischen Firma Megvii mittlerweile mit hoher Präzision. Eine große Rolle spielt dabei die Weiterentwicklung der künstlichen Intelligenz, die von der chinesischen Regierung als zentrale Zukunftstechnologie stark gefördert wird. Die Vision dahinter: Die Überwachung von 1,4 Milliarden Chinesen Foto: Gilles Sabrié/NYTT7Redux/aiif

taz sachen

**Le Monde est disparu**

Die Welt ist weg. Verschwunden vom Dach des Eckhauses schräg gegenüber des taz-Gebäudes an der Rudolfschke-Straße. Jahrelang leuchteten dort allnächtlich die Lettern „LE MONDE diplomatique“ über der Etage, in der die Redaktion der deutschen Ausgabe dieses äußerst lesenswerten Monatsmagazins sitzt, weil sie im zu eng gewordenen taz-Haus keinen Platz mehr fand.

Auch deshalb entsteht ja ein paar hundert Meter weiter ein Neubau, in dem künftig alle unter einem Dach sitzen. Wird dort auch LE MONDE leuchten?

taz sachen fragt die Chefredaktion, aber die weiß von nichts.

Also fragt taz sachen die gewöhnlich gut informierten Vorstandsmitglieder. Die lassen süffisant lächelnd so viel offen, dass man sich fragt: Landen die Buchstaben im nicht existenten Raucherraum (siehe taz sachen vom 31. Mai), in dem auch die Hunde Platz finden sollen (siehe taz sachen vom 5. Juli und 6. Juli)? „Ich bin dafür“, murmelt Christian Specht, der ja zu allem seinen Senf dazugibt.

„Nein, nein!“, brummt taz-Geschäftsführer Andi Bull drei Tische weiter: „Die Buchstaben kommen an die Decke des neuen Konferenzraums.“ Das taz-Haus werde dank seiner Architektur stadtbekannt sein, es brauche kein Signet. An die Fassade könne man stattdessen wechselnde Transparente hängen. Etwa mit der Forderung: „Lastenräder für alle!“ Ach so? Dann ist der taz sachen-Autor beruhigt. Lieber hätte er noch, wenn die Geschäftsführung den Kauf solcher Räder fördern würde. Aber das ist eine andere Geschichte. *Gereon Asmuth*